

Apropos

von Bruno Füchslin



Rückwärts schauen und vorwärts gehen – wie geht dies zusammen? Wie lange dauert dieser seltsame Marsch, bis man in eine Mauer läuft? Der Donald Trump will Amerika wieder gross machen, Vladimir Putin schielt auf die ehemalige UdSSR zurück, und Recep Tayyip Erdogan hat das Osmanische Reich im Hinterkopf. Das sind bekanntlich nicht einfache Staatsbürger, die ihre Fantasien im Kopf turnen lassen. Das sind mass- und befehlsgebende so genannt «grosse Köpfe», deren Einfluss aufs normale Volk erheblich sind.

Was man so vernimmt, ist zum Teil schon nur noch zum Kopf schütteln. Das ist Kindergarten pur. Sanktiönli da und «Töibelen» dort. Wenn wieder irgendwo einer einen Furz lässt, pupst der andere zurück. Und keiner soll sagen, dass im gegenseitigen Kontra der eine mehr geschmackshaltige Luftausstösse macht als der andere.

Das sollen Staatsleute in einer globalisierten Welt sein? Sie sind erste Träger dieser unerträglichen Nationalgedanken. Man könnte fast meinen: je grösser der Staat, desto unfähiger deren Machthaber, Konflikte wirklich lösen zu wollen. Man hat ja im Hinterhalt stets eine starke Armee, kann wieder drohen und/oder tatsächlich marschieren lassen. «Zur Sicherheit des eigenen Landes» dürfen junge Menschen zu Tausenden ihr Leben lassen oder psychisch verkrüppelt den Rückflug antreten.

Vielleicht ist ja alles eine urmenschliche Eigenschaft. Feinde haben oder (künstlich) welche aufbauen, gibt einem offenbar Strukturen, an die man sich halten kann. Diese bewegen sich meist an der Grenze zum Psychopathemum. Wär an sich nicht schlimm, wenn damit nicht mehr oder minder starke Gehirnwäsche einhergingen. Nicht beim sogenannten «Feind», sondern im eigenen Volk, das es ja «zu schützen» gilt.

Gegen die Kesb-Initiative formiert sich Widerstand

Am 21. Mai wird im Kanton Schwyz über die Kesb-Initiative abgestimmt. Nun meldet sich ein überparteiliches Komitee im Abstimmungskampf zu Wort. Das Rad soll keinesfalls zurückgedreht werden, so die Botschaft.

von Daniel Koch

Gestern formierte sich in Einsiedeln nun Widerstand gegen die Kesb-Initiative (siehe Box). Das überparteiliche und unabhängige Schwyzer Komitee «Nein zur Kesb-Initiative» brachte sich in Stellung und liess kein gutes Haar an der Idee, das «Rad zurückdrehen zu wollen». Nationalrat Alois Gmür sprach von einer «reinen Problemverschiebung». Es sei «mitnichten so, dass Probleme gelöst werden», wenn wieder die Gemeinden zuständig sind.

«Volkswirtschaftlicher Unsinn»

Ivo Husi, Schwyzer Fürsorgepräsident, Kantonsrat und Sprecher des Komitees, räumte zwar ein, dass es in der noch jungen Behörde Kesb Verbesserungspotenzial gebe, eine erneute Umstrukturierung nach lediglich vier Jahren macht für ihn aber überhaupt keinen Sinn. Volkswirtschaftlich sei dies wegen der Mehrkosten «ein Unsinn», der nicht zu rechtfertigen wäre. Zumal die Professionalität ohnehin gewährleistet bleiben müsse, um den Vorgaben des Bundesrechts genüge zu leisten. Seine Frage, ob sich wohl Fachkräfte finden lassen würden, die sich in einer Gemeinde in einem 10- oder 20-Prozent-Pensum anstellen lassen wollten, war durchaus rhetorischer Natur.

Die Küssnachter Bezirksrätin Petra Gamma wies auf den Fachkräftemangel hin, der eine Rekrutierung geeigneter Personen bereits heute schwierig mache. Im Gegensatz zur früheren Vormundschaftsbehörde muss die Kesb interdisziplinär aus Fachpersonen mit psychologischen, sozialen, pädagogischen, medizinischen, treuhänderischen und rechtlichen Berufskennnissen zusammengesetzt sein. Ein Laiengremium wird es nie mehr geben. Der Ingenböhler Gemeindepräsident Albert Auf der Maur sprach von einem «schweizerweiten Kesselreiben» gegen die Kesb. Mit Schlagworten sei es einfach, einen



Sie lieferten Argumente, die gegen die Kesb-Initiative sprechen: (v. l.) CVP-Nationalrat Alois Gmür (Einsiedeln), Bezirksrätin Petra Gamma (parteilos, Küssnacht), Gemeinde- und Kantonsrat Ivo Husi (FDP, Schwyz) und Gemeindepräsident Albert Auf der Maur (FDP, Ingenbühl).

Bild Daniel Koch

«negativen Teppich auszulegen.» Deshalb stehe man jetzt hin und wende sich öffentlich gegen die Initiative.

«Wir müssen dagegenhalten»

Insgesamt 26 Persönlichkeiten aus der Gemeinde- und Kantonspolitik nahmen an der Medienkonferenz im Einsiedler «Bären» teil. Für Alois Gmür ist es bereits fünf vor zwölf: «Es gibt viele Unzufriedene, da müssen wir dagegenhalten. Sonst wird die Initiative im Kanton Schwyz angenommen.» Für die Verantwortlichen, welche den Entscheid umzusetzen hätten, ein Horror-Szenario. Laut Husi würde es mindestens ein Jahr dauern, bis eine neue Organisation stehen könnte. Vorab gälte es zu klären, inwieweit die

rechtlichen Befugnisse der Kesb in dieser Zeit überhaupt noch Bestand hätten. «Wir müssten eine ad-hoc-Lösung zurechtstuchern, das wäre Unsicherheit par excellence», so seine Prognose.

Gemäss einer Umfrage des Verbands Schwyzer Gemeinden und Bezirke unterstützt keine Schwyzer Fürsorgebehörde die Initiative und 95 Prozent stehen für das heutige System ein.

Initianten wollen Kesb auf Gemeindeebene ansiedeln

Die Kesb-Initiative will erreichen, dass statt des Kantons künftig die Gemeinden Träger der Kesb (Kindes- und Erwachsenenschutzbehörde) sind. Diese würden auch die Behördenmitglieder wählen und der Gemeinderat fungierte als Aufsichtsbehörde. Ein Zurück

zum früheren System mit den Vormundschaftsbehörden würde es dennoch nicht geben. Hier schiebt das Bundesrecht einen Riegel, indem dort die Rahmenbedingungen, insbesondere hinsichtlich der Professionalisierung,

festgeschrieben sind. Die Initianten um SVP-Nationalrat Pirmin Schwander argumentieren, dass ein Teil der Fälle von der Kesb «laienhaft und weltfremd» abgewickelt worden sei. Sie halten deswegen eine Korrektur der Strukturen für angebracht. (dko)

Die Krankenkassen kritisieren Reform

Die mit der beabsichtigten Reform eingesparten Prämienverbilligungs-Gelder sollten Personen in schwachen wirtschaftlichen Verhältnissen und Kindern zufließen.

von Ruggero Vercellone

Nach der SP, der CVP und den Grünliberalen hat sich nun auch santésuisse, der Verband der schweizerischen Krankenversicherer, kritisch zur im Kanton Schwyz vorgesehenen Reform der Prämienverbilligung geäussert. Mit der vom Schwyzer Regierungsrat aufgrund einer erheblich erklärten Motion in die Vernehmlassung geschickten Teilrevision des entsprechenden Einführungsgesetzes sollen die Gesamtaufwendungen gemäss einer Hochrechnung um 8,4 Mio. Franken gesenkt werden. Erreicht wird das in erster Linie, indem das System der individuellen Prämienverbilligung optimiert und die Selbstverantwortung gestärkt wird. Das führt dazu, dass statt 100 Prozent nur noch 90 Prozent der kantonalen Durchschnittsprämien als Richtprämien für die individuelle Prämienverbilligung berücksichtigt werden. Weitere Optimierungsmassnahmen erfolgen bei der Berechnung des anrechenbaren Einkommens. Personen, die nach Abzug von Vermögensfreibeträgen ein

bestimmtes Reinvermögen ausweisen, erhalten keine individuelle Prämienverbilligung. Schliesslich soll der Selbstbehalt des anrechenbaren Einkommens von zwölf auf elf Prozent gesenkt werden.

Santésuisse unterstützt in ihrer Vernehmlassungsantwort die Stossrichtung der Reform, weil die immer noch bestehende Systemschwäche erkannt

worden sei und eine Optimierung vorgeschlagen werde. Auch die Stärkung der Selbstverantwortung sei lobenswert.

Freigewordene Gelder den Schwächeren geben

«Nicht der richtige Weg» sei es aber, «wenn der Kanton Schwyz die Optimierung des Systems der Prämien-

verbilligung nur aus Einsparüberlegungen macht.» Um das System der Prämienverbilligung wirklich zu verbessern, sollten die freigewordenen Gelder «zumindest teilweise den verbleibenden anspruchsberechtigten Personen in bescheidenen wirtschaftlichen Verhältnissen sowie Kindern und junge Erwachsene in Ausbildung zu-



Der Verband der Krankenkassen sieht in der Teilrevision des Gesetzes zur Ausrichtung der Prämienverbilligungen noch Verbesserungspotenzial.

Bild Archiv

Abobestellcoupon

Bitte senden Sie mir folgende Zeitung

- March-Anzeiger
 - Höfner Volksblatt
 - 1 Monat Probeabo kostenlos
 - 12 Monate zu Fr. 262.-
 - 24 Monate zu Fr. 492.-
 - 6 Monate zu Fr. 140.-
- (alle Preise inklusive MwSt und iPad-App)

Name _____
 Vorname _____
 Strasse _____
 PLZ/Ort _____
 Unterschrift _____
 Datum _____
 Telefon _____

Bitte senden an:

March-Anzeiger Höfner Volksblatt
 Alpenblickstrasse 26 Verenastrasse 2
 8853 Lachen 8832 Wollerau
 Tel. 055 451 08 78 Tel. 044 787 03 03
 Fax 055 451 08 89 Fax 044 787 03 10
 aboverwaltung@marchanzeiger.ch
 aboverwaltung@hoefner.ch